

---

FDP Main-Kinzig

## FRAKTION BESUCHT DAS KCA

18.09.2023

---

### Digitale Förderung direkt vor Ort

Liberales besuchen Kommunales Center für Arbeit des MKK

Der FDP-Landtagsabgeordnete Thomas Schäfer, der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete und ehemalige Stadtrat der Stadt Hanau, Prof. Dr. Ralf-Rainer Piesold, sowie der Kreisvorsitzende der FDP, Daniel Protzmann, besuchten am 15.08.2023 das Kommunale Center für Arbeit (KCA), um sich mit dem Vorstand des KCA auszutauschen.

Im Zentrum des Gesprächs standen zwei Themengebiete. Zum einen tauschte man sich zur Digitalisierung der Arbeitsvermittlung, insbesondere mit Blick auf ukrainische Flüchtlinge aus.

Das KCA hat ein digitales Matchingsystem entwickelt, mit dessen Hilfe ukrainische Flüchtlinge an personalsuchende Unternehmen aus der Region vermittelt werden.

„Das System wird von den Flüchtlingen gut angenommen“, betonte der Vorstand des KCA Herr Gregor Hartsuiker. Das System setzt auf eine frühzeitige Einbindung der regionalen Arbeitgeber. Dies ist insbesondere deshalb wichtig, da es sich bei den ukrainischen Flüchtlingen überwiegend um junge Frauen (im Durchschnitt 28 Jahre) mit Kindern handeln würde, die über einen Hochschulabschluss verfügen.

Die meisten seien technikaffin und würden sich auch in den modernen Medien sehr gut zurechtfinden. Interessant für den regionalen Arbeitsmarkt ist hier, dass aktuell fast 50 Prozent angeben, dass sie gerne unabhängig vom Kriegsverlauf länger in Deutschland bleiben würden.

„Die kulturelle Nähe und das hohe Ausbildungsniveau dieser potenziellen Arbeitnehmer erscheint sehr attraktiv“, betont Dr. Piesold. Für den Kreisvorsitzenden der FDP Main-Kinzig und Kreistagsabgeordneten, Daniel Protzmann, ist der Prozessablauf des

Verfahrens hoch interessant, da der KCA-Matching-Algorithmus sowohl Vermittlungsvorschläge als auch Entwicklungspotentiale erzeugt.

Dass sich schon 65 Arbeitgeber aus 27 verschiedenen Branchen registriert haben und mittlerweile über 100 offene Stellen anbieten, bewertet Protzmann als Erfolg.

Aber auch von Seiten der Flüchtlinge kann man eine positive Resonanz erkennen. So haben sich bereits knapp 70 ukrainische Geflüchtete registriert. Es gebe bislang ca. 60 positive Matchings.

Das zweite wichtige Anliegen war die Betreuung der unter 25-Jährigen. Frau Beate Langhammer, Vorstandsvorsitzende des KCA, informiert auf Nachfrage der FDP-Delegation, dass aufgrund einer Gesetzesänderung Junge Menschen unter 25 Jahren ab 2025 nicht mehr durch das KCA bzw. die Jobcenter, sondern im Bereich der Aktiven Leistungen durch die Bundesagentur für Arbeit betreut werden sollen.

„Eine solche Änderung würde dazu führen, dass fast 4.700 der 27.600 Personen, die das KCA insgesamt betreut, für das KCA im Aktiven Bereich wegfallen würden. Die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme muss zumindest hinterfragt werden“, kommentiert der Landtagsabgeordnete Thomas Schäfer die Pläne.

Dr. Piesold schließt sich der Kritik an der geplanten Änderung an: „Dieses Vorhaben ist ein weiterer Beleg dafür, dass insbesondere die Sozialdemokraten verstärkt auf die bundesweite Zentralisierung der Arbeitsvermittlung setzen. Die SPD kämpft für eine Abkehr vom Grundgedanken der regionalen Jobcenter“.

„Dabei sind gerade diese geplanten Änderungen ein Fehler“, meint Thomas Schäfer und erläutert: „Einerseits handelt es sich teilweise um schwierige Fälle, die gezielt unterstützt werden müssen, was ein regionales KCA besser kann als eine Bundesbehörde. Zum anderen können gerade junge Leute für den regionalen Ausbildungsmarkt sehr wertvoll sein.“

„Außerdem zeigt sich gerade in diesem Bereich, dass die enge Zusammenarbeit zwischen dem regionalen KCA und der aQa besonders effektiv und effizient ist“, meint Thomas Schäfer. Er kündigte an, sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die von der Bundesregierung geplante Gesetzesänderung dahingehend angepasst wird, damit das KCA selbst als kommunales Jobcenter entscheiden kann, ob es diese

Aufgabe abtreten will.

Insgesamt waren sich die Liberalen einig, dass das KCA eine wichtige Aufgabe im Sozialbereich des Man-Kinzig-Kreises leistet, ein Erfolgsmodell darstellt und durch die Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden sollte.